



Aarau, 17. Dezember 2018
GV 2018 - 2021 / 51

Botschaft an den Einwohnerrat

Postulat Leona Klopfenstein (SP), Lelia Hunziker (SP), Daniel Balmer (Grüne) und Christoph Waldmeier (EVP/EW): Geflüchtete im Mittelmeer

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Begehren

Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Leona Klopfenstein (SP), Lelia Hunziker (SP), Daniel Balmer (Grüne) und Christoph Waldmeier (EVP) stellen mit ihrem Postulat vom 18. September 2018 folgenden Antrag:

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien (beispielsweise via Städte-Verband, direkte Gespräche etc.) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnimmt. Aarau solle sich dabei in die Reihe von Städten wie Palermo, Berlin, Barcelona, Kiel, Amsterdam, Stockholm und Neapel stellen, um den geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

2. Beurteilung des Postulats durch den Stadtrat

Die Aufnahme von Flüchtlingen wird auf Bundesebene geregelt. Wer auf dem Landweg einreist, muss sein Gesuch in einem der fünf Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes einreichen. Diese befinden sich in Basel, Chiasso, Kreuzlingen, Vallorbe und Altstätten. Nach einer ersten Befragung entscheidet das Bundesamt für Migration, ob die Schweiz ein Asylgesuch inhaltlich prüft, oder ob dafür ein anderer Staat zuständig ist (Dublin-Verfahren). Braucht es mehr Zeit, um über das Asylgesuch zu entscheiden, werden die Asylsuchenden mit einem fixen Verteilschlüssel gemäss Bevölkerungszahl (Kanton Aargau: 7.7%) den Kantonen zugeteilt und erhalten den Ausweis N. Die Kantone teilen den Asylsuchenden eine Unterkunft zu.

Bei einer positiven Entscheidung des SEM bekommt die Person einen B-Ausweis und darf ihren Wohnsitz innerhalb des Kantons frei wählen. Die vorläufige Aufnahme, d. h. ein negativer Asylentscheid ohne Wegweisung, führt zu einem F-Ausweis. Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge werden von den Gemeinden wiederum nach einem Verteilschlüssel aufgenommen.

Die kommunale Ebene hat im Bereich der Niederlassungserteilung bei Ausländerinnen und Ausländern, der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen keine Entscheidungskompetenzen. Eine illegal eingereiste Person muss mit der Wegweisung rechnen. Wenn etwas an der Anzahl der aufgenommenen Asylsuchenden geändert werden soll, sind Änderungen der gesetzlichen Grundlage auf Bundes- und Kantonebene erforderlich.



Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS) und die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) haben Ende Juni 2018 beim Bundesrat die Petition "für sichere und legale Fluchtwege in die Schweiz" eingereicht, in der über 38'000 Menschen in der Schweiz folgende Forderungen stellen: Legale Zugangswege in die Schweiz, die Erhöhung der Kontingente für Flüchtlinge sowie gesetzliche Rahmenbedingungen, um zivilgesellschaftliche und kirchliche Initiativen bei der Unterbringung, Alltagsbegleitung und Bildung dieser Menschen in der Schweiz verstärkt einzubeziehen sowie Integrationsprogramme von Kantonen, NGO und Wirtschaft stärker zu unterstützen. Damit intervenieren HEKS und SFH auf der richtigen Ebene

Engagement der Stadt Aarau

Die Stadt Aarau ist Mitglied der Städteinitiative Sozialpolitik und engagiert und vernetzt sich in dieser Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt sich für eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein, fordert besser aufeinander abgestimmte Integrationsprozesse und eine adäquate Finanzierung der Integrationsmassnahmen bei anerkannten und vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen.

Die Städte erbringen grosse Integrationsleistungen, denn in den urbanen Zentren leben zumeist überdurchschnittlich viele anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge. Integration ist daher einer der strategischen Schwerpunkte der Städteinitiative Sozialpolitik und der Stadt Aarau.

In den letzten Jahren hat Aarau sich stark für die Integration der hier lebenden Asylsuchenden, anerkannten und vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge eingesetzt. Unterstützt wird und wurde die Verwaltung dabei zudem wesentlich von unzähligen Freiwilligen und Organisationen sowie von der Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit und Angebote, welche in Kooperation mit den Gemeinden Suhr und Buchs ins Leben gerufen und mit dem aufsuchenden Jugendarbeiter für Asylsuchende als innovatives Unterstützungsinstrument ergänzt wurde.

Aufgrund dieses Engagements sind die Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Austausch mit den dort verantwortlichen Personen durchwegs positiv. Im Bezirk Aarau wird momentan ein Konzeptprozess mit 8 Gemeinden durchgeführt mit dem Ziel, ein dezentrales Integrationsangebot zu schaffen. Die Stadt Aarau wird als Partnerin beim Kanton ernst genommen und die Anliegen finden Gehör. Die Stadt Aarau setzt sich dafür ein, dass diese gute Zusammenarbeit auch in Zukunft gewährleistet ist.

Ziel der Aarauer Integrationspolitik ist, die Kräfte dort einzusetzen und zu bündeln, wo sie am wirksamsten sind. Einfluss auf die nationale Politik nimmt die Stadt Aarau weiterhin gemeinsam mit weiteren sechzig Städten in der Schweiz mit ihrem aktiven Mitwirken bei der Städteinitiative Sozialpolitik.



Der Stadtrat stellt dem Einwohnerrat wie folgt

A n t r a g :

Das Postulat "Geflüchtete im Mittelmeer" sei nicht zu überweisen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Stadtrats

Dr. Hanspeter Hilfiker
Stadtpräsident

Stefan Berner
Vize-Stadtschreiber